

Landwirtschaft 2.0

Ein Plädoyer für die Neuausrichtung der luxemburgischen Agrarpolitik

Jean Feyder

Am 28. Januar präsentierten wir, d.h. die in der Plattform „Meng Landwirtschaft“ zusammengeschlossenen Nichtregierungsorganisationen, der Presse unsere Vorstellungen und Forderungen für eine Neuausrichtung der luxemburgischen Agrarpolitik. Kurz danach trugen wir dieselbe einer Versammlung von etwa fünfzig Vertretern aus Politik – darunter Umweltministerin Dieschbourg –, verschiedenen Verwaltungen, und der luxemburgischen Zivilgesellschaft vor.

„Meng Landwirtschaft“ appelliert an die luxemburgische Regierung, im Rahmen der Ausarbeitung des „Plan de développement rural“ den Spielraum, den die EU-Agrarpolitik für das „Greening“ der Landwirtschaft bietet, maximal auszureizen. Darüber hinaus fordern wir, unter Beteiligung sämtlicher gesellschaftlichen Akteure, die Ausarbeitung einer Strategie, um mittel- bis langfristig eine sowohl ökologisch als auch wirtschaftlich nachhaltige Landwirtschaftspolitik umzusetzen. Für „Meng Landwirtschaft“ kommt ein nachhaltiges Gesamtkonzept vor allem den Interessen der Landwirte zugute. Dabei muss die weitestgehend autonome, lokale und nachhaltige Landwirtschaft im Vordergrund stehen, in der die Lebensmittelproduktion Vorrang hat.

Außerdem geht es um die Bekämpfung des Welt Hungers und um globale Gerechtigkeit. Es geht um die Kohärenz unserer nationalen und europäischen Verantwortung auf den Gebieten Landwirtschaft, Handel, Finanzen, Energie, Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit.

Für uns Organisationen von „Meng Landwirtschaft“ wirkt sich die jahrzehntelang fehlgeleitete Agrar-

politik weit über die Landwirtschaft hinaus negativ aus. Betroffen sind nicht nur Natur-, Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz, sondern auch die Interessen der Kleinbauern in den Entwicklungsländern. Die Agrarpolitik ist in Luxemburg für den dramatischen Rückgang der Artenvielfalt und der Bienenbevölkerung, der großflächigen Trinkwasserbelastung mit Nitraten und Pestizidrückständen und der Freisetzung klimaschädlicher Treibhausgase mitverantwortlich. Also fordern wir eine Vielzahl von Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität und der Trinkwasservorkommen, wie z. B. die flächendeckende Umsetzung von effizienten Agrarumweltmaßnahmen sowie die Verringerung der Pestizid- und der Nitratbelastung.

Besorgniserregend sind auch rückläufige Betriebs- und Beschäftigungszahlen in der Landwirtschaft, eine immer geringer werdende wirtschaftliche Bedeutung und eine extreme Abhängigkeit der Landwirte von Subventionen und externen Betriebsmitteln. Trotz der hohen öffentlichen Ausgaben für die Landwirtschaft ist der Selbstversorgungsgrad Luxemburgs bei den meisten Lebensmitteln gering, die Produktion von Biolebensmitteln hinkt der Nachfrage immer weiter hinterher.

Wir sind davon überzeugt, dass die grundlegende Neugestaltung der luxemburgischen Agrarpolitik zu einer Verbesserung für Umwelt, Klima, Natur- und Verbraucherschutz und für die Landwirte hierzulande wie auch in den Entwicklungsländern führen wird. Eine weitgehend autonome Versorgung mit gesunden, nachhaltig produzierten Lebensmitteln trägt nicht zuletzt zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur lokalen Wertschöpfung bei.

Dabei geht es nicht nur um Subventionen, sondern auch um Klimaschutz und Artenvielfalt, Wasser-

Trotz der hohen öffentlichen Ausgaben für die Landwirtschaft ist der Selbstversorgungsgrad Luxemburgs bei den meisten Lebensmitteln gering [...]

Noch immer hungern Tag für Tag etwa 900 Millionen Menschen. Davon betroffen sind insbesondere Kleinbauern und Landlose

und Bodenqualität, regionale Entwicklung und Tierschutz, um die Wahl künftiger Technologien und nicht zuletzt um die Qualität unseres Essens und unsere Gesundheit.

Forderungen an die Regierung

- Lebensmittel, die in Luxemburg verbraucht werden, sollen vorrangig lokal produziert werden. Damit verbunden ist eine Umorientierung der derzeitigen landwirtschaftlichen Produktion: eine Steigerung der pflanzlichen Produktion bei einer gleichzeitigen Reduzierung der Milch- und Fleischproduktion. Gleichzeitig muss die regionale Nachfrage gezielt gefördert werden.
- Ein genereller Paradigmenwechsel bei der Verteilung öffentlicher Gelder ist erforderlich: Subventionen dürfen sich nicht länger an der Fläche eines Betriebes orientieren. Die Förderung bäuerlicher Strukturen, effektiver Agrarumweltmaßnahmen und der biologischen Landwirtschaft müssen im Vordergrund stehen.
- Der Anteil der Biolandwirtschaft muss bis 2020 auf mindestens 15 % erhöht werden. Die Biolandwirtschaft ist ressourceneffizienter und klimaverträglicher als die konventionelle Landwirtschaft und trägt deutlich mehr zum Erhalt der Artenvielfalt bei. Der hohe und stets steigende Bedarf an Biolebensmitteln in Luxemburg beweist, dass im Biolandbau wirtschaftlich interessante Perspektiven bestehen.
- Die Landwirtschaft muss ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten: durch die Reduzierung der

Treibhausgasemissionen, die Reduzierung von Rohstoffimporten und die Erhöhung der CO₂-Speicherkapazitäten der Böden.

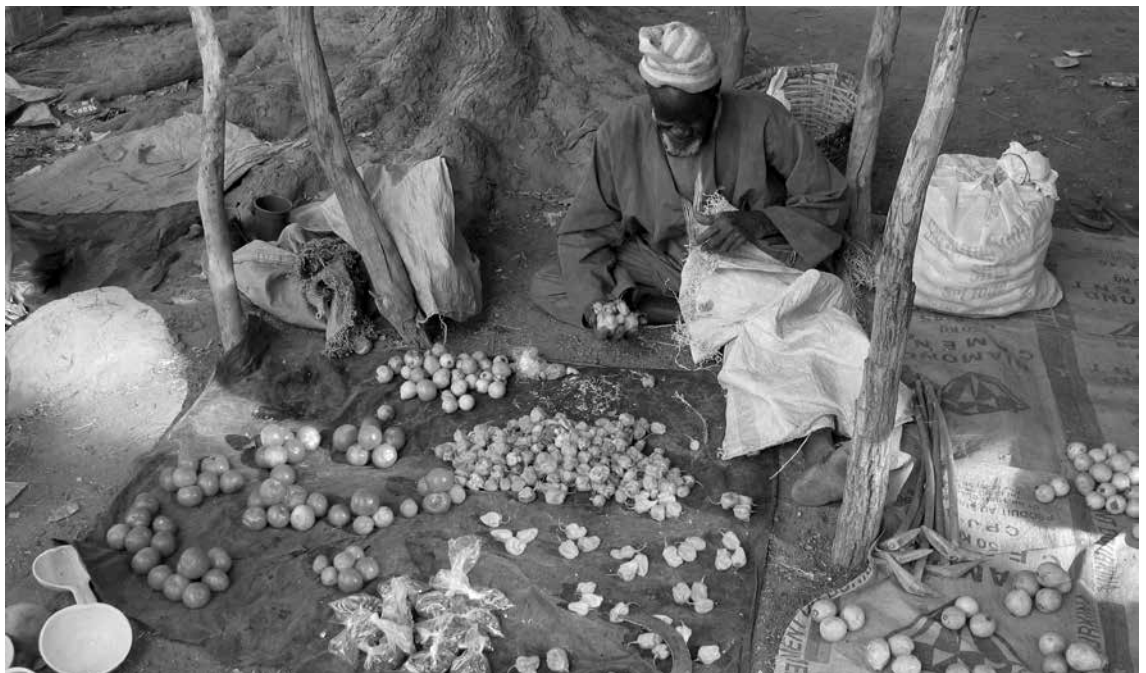
- Die Verbraucher in Luxemburg müssen verstärkt für eine lokal produzierte, gesunde und ausgewogene Ernährung sensibilisiert werden. In diesem Zusammenhang muss eine verstärkt pflanzliche Ernährung bzw. die Verringerung des Fleischkonsums gefördert werden.
- Eine gentechnikfreie Landwirtschaft.

Zu den Nord-Süd Beziehungen

Luxemburg ist für die Missstände bei der weltweiten Ernährungssituation mitverantwortlich, auch als Mitglied der Europäischen Union:

Noch immer hungern Tag für Tag etwa 900 Millionen Menschen. Davon betroffen sind insbesondere Kleinbauern und Landlose, darunter vor allem Frauen und Kinder. Die über Jahrzehnte von der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Welthandelsorganisation (WTO) und der EU verfolgte Liberalisierung der Märkte in den Entwicklungsländern führte zur Vernachlässigung der einheimischen Lebensmittelproduktion und einem immer weiter steigenden Import von Nahrungsmitteln zu Dumpingpreisen, besonders aus der EU. Millionen von Kleinbauern wurden so ruiniert. Die EU treibt diese Marktliberalisierung über neue Handelsverhandlungen immer weiter und verhindert somit die nötige Entwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen, vor allem in der Landwirtschaft.

Bauer auf einem Markt in Burkina Faso (© ASTM)



Sie hat ihre Lebensmittelexporte nach Westafrika zwischen 2000 und 2010 praktisch verdoppelt. Diese stiegen von 1,5 auf 2,9 Milliarden Euro.

Die aktuelle globale Getreideproduktion würde genügen, um jeden Menschen mit ausreichend Nahrung zu versorgen, doch etwa ein Drittel dieser Produktion wird ans Vieh verfüttert. Deshalb unsere Forderung, Eiweißimporte, vor allem Soja, für die nationale Milch- und Fleischproduktion, zu stoppen und diesen Bedarf aus lokaler Produktion zu decken (Vgl. *forum* 338).

Die Monokultur dieser Produkte wirkt sich äußerst negativ auf viele Kleinbauern und einheimische Gemeinschaften und die Umwelt in Ländern wie Brasilien und Argentinien aus.

Eine zusätzliche Bedrohung für die Kleinbauern in den Entwicklungsländern entsteht durch die zunehmende Einflussnahme der Finanzmärkte und des Agrobusiness auf die globalen Ernährungs- und Landwirtschaftssysteme. Die Börsenspekulation auf Agrarrohstoffe, einer der Hauptverursacher der Welternährungskrise von 2008, führt seither zu gefährlichen Preisschwankungen für diese Rohstoffe, mit katastrophalen Folgen für die Ärmsten, die bis zu 85 % ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben. Eine solche Spekulation soll verboten werden. Strikt zu regeln ist ebenfalls die Pacht von Millionen Hektar Ackerland in armen Entwicklungsländern durch multinationale Unternehmen, Banken und u. a. auch in Luxemburg ansässigen Investmentfonds, die zur Vertreibung der einheimischen Landbevölkerung führt und die Entwicklung eines nicht nachhaltigen Landwirtschaftsmodells fördert.

Kooperationspolitik 2.0

Die Kooperationspolitik muss der Landwirtschaft eine neue Priorität einräumen: mindestens 10 % der öffentlichen Entwicklungshilfe müssen hierfür bereitgestellt werden. Die Nahrungsmittelsouveränität, das Recht auf Nahrung für alle, die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die wichtige Rolle der Frauen und die Agrarökologie sind als Hauptpfeiler einer solchen Politik anzuerkennen.

Die EU muss dazu veranlasst werden, Exporte von Lebensmitteln zu Preisen unterhalb der Produktionskosten zu verhindern. Außerdem muss für die Entwicklungsländer eine gerechte Regulierung der Agrarmärkte und der Schutz der Kleinbauern gewährleistet werden.

Die EU muss dazu angeregt werden, ihre Handelspolitik insbesondere hinsichtlich der Wirtschafts-



Plantage in Brasilien (© ASTM)

partnerschaftsabkommen mit afrikanischen Ländern (Economic Partnership Agreements, EPAs) zu ändern, um die Entwicklung und den Aufbau der kleinbäuerlichen Landwirtschaft zu ermöglichen.

Die Verwendung von Agrokraftstoffen auf Basis von Nahrungsmitteln und nicht nachhaltigen Ressourcen muss gestoppt werden. Luxemburg muss sich auf EU-Ebene für die Einschränkung der EU-Agrokraftstoffziele und für strenge Nachhaltigkeitskriterien für Agrokraftstoffe einsetzen.

Schlussforderung

Unsere Sensibilisierungsarbeit geht weiter. Wir wollen damit eine längst überfällige öffentliche Diskussion über die Zukunft der Landwirtschaft in Luxemburg anregen und aktiv mitgestalten. Zugleich wollen wir uns für eine stärkere Solidarität gegenüber den Kleinbauern im Süden einsetzen. Denn die Ernährungs- und Agrarpolitik Luxemburgs und Europas ist auch unsere Angelegenheit. Ihre Umgestaltung ist unsere Wahl. Denn ein Weiter wie bisher ist keine Option. ♦

Die Gruppe ‚Meng Landwirtschaft‘ setzt sich zusammen aus Vertretern von natur&mwelt, Bio-Lëtzebuerg – Vereenegung fir Bio-Landwirtschaft Lëtzebuerg, Greenpeace Luxembourg, Action Solidarité Tiers Monde, SOS Faim Luxembourg, Mouvement Écologique und Caritas Luxembourg denen sich inzwischen auch etika, CELL, attac, Slow Food Luxembourg, Cercle de Coopération, Aide à l'Enfance de l'Inde, und der Lëtzebuurger Landesverband fir Beienzuucht angeschlossen haben.